

Okulare Demokratie, eine abgeschwächte Politik

Nadia Urbinati

Die schwerste ökonomische Krise, der westliche demokratische Gesellschaften jemals gegenübergestanden haben, ereignet sich zu einer Zeit, in der sämtliche menschlichen Beziehungen dem erheblichen Einfluss des Internets – der vielleicht wichtigsten technologischen Revolution nach der Erfindung des mechanischen Buchdrucks 1450 – unterliegen. Die Wirtschaftskrise und die neue Medientechnologie belasten die Institutionen des Repräsentativsystems, wenngleich auch in entgegengesetzten Arten und Weisen, da erstere die Handlungsfähigkeit vieler Menschen in unterschiedlichen Bereichen ihres Lebens einschränkt, während letztere diese ausweitet. Entsprechend werden politische Institutionen sowohl deswegen in Frage gestellt, weil ihre debattenintensive Natur sie langsam macht und ihre Verfahrensweisen keine Garantie dafür bieten können, dass sich kompetente Entscheidungen durchsetzen werden, als auch deswegen, weil die neue Medientechnologie ihre Funktionsstörungen verstärken und den Glauben der Bürger daran bekräftigen, dass Politik nicht länger auf die Vermittlung durch professionellen Journalismus und politische Parteien angewiesen ist. Der Ruf nach Kompetenz und das Einfordern einer direkteren Rolle der Bürger profitieren von dem selben Faktor, der die Öffentlichkeit in der parlamentarischen Demokratie stärkt – dem Internet, welcher daher genauso gut dazu geeignet zu sein scheint, eine Vertikalisierung der Politik (sprich Epistokratie und Cäsarismus) als auch eine horizontale Ausdehnung der Rolle der Öffentlichkeit voranzutreiben. Diesen widersprüchlichen Szenarios gemeinsam ist die Erosion des Vertrauens in Repräsentativinstitutionen und ein wachsendes Vertrauen in die demokratischen Potentiale neuer Medientechnologien. Das

ist der weitere Kontext, in welchen ich meine kritische Analyse des Phänomens einbetten möchte, dem Jeffrey E. Green den ansprechenden Namen »Ocular Democracy« gegeben hat und das er als eine wünschenswerte plebiszitäre Korrektur repräsentativer Regierungssysteme sieht.¹

Ich widerspreche Greens Ansicht, dass okulare Demokratie eine Stärkung der Demokratie verspricht und vertrete, dass sie vielmehr eine Akzeptanz des Status quo darstellt und eine Schwächung der politischen Autonomie legitimiert. Meine Kritik gründet darin, dass okulare Demokratie die Dyarchie der Demokratie zerbricht, indem sie das Verhältnis der beiden Kräfte aus dem Gleichgewicht bringt, die für politische Autonomie konstitutiv sind: des Willens (damit meine ich vor allem die Macht der Wahl und die Entscheidungsmacht) und der Meinung (damit meine ich den komplexen und beweglichen Bereich der politischen Urteile, die freie Bürger entwickeln und ausdrücken). Der normative Kern der repräsentativen Demokratie besteht aus einer Interaktion zwischen diesen beiden Kräften, die sich voneinander unterscheiden, und die distinkt, wenngleich auch in einem permanenten Wechselverhältnis, verhaftet bleiben müssen.² Okulare Demokratie jedoch trennt die politische Aktivität und das Urteil der Öffentlichkeit den Wähler und den Bürger voneinander und schlägt darüber hinaus vor, der Meinung vor dem Willen Vorrang zu gewähren. Green schreibt explizit: »The plebiscitarian approach to democratic reform is valuable precisely because it deprivileges both the specific act of voting and the general conception of the everyday citizen as a decider.«³ Das Argument, auf das sich die Akzentverschiebung okularer Demokratie stützt, basiert auf einem Verständnis von Demokratie, das im Verhältnis zur klassischen Idee der Autonomie exzentrisch und in die-

1 | Ich beziehe mich auf Jeffrey Edward Green, *The Eyes of the People: Democracy in the Age of Spectatorship*, Oxford/New York: Oxford University Press 2013. Das Hauptargument, das ich in diesem Beitrag entwickle, ist an mein Buch *Democracy Disfigured: Opinion, Truth and the People*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press 2014 angelehnt, dessen viertes Kapitel sich ausschließlich dem Plebiszit des Publikums und Greens Arbeit als einem wichtigen Beitrag zu dieser Theorie widmet.

2 | Für eine Definition von dyarchy sowie eine Darstellung der drei Faktoren von doxa und deren Entstellungen, die ich kurz erwähnen werde, siehe *Democracy Disfigured*, vor allem die Einleitung und das erste Kapitel.

3 | J.E. Green: *Eyes of the People*, S. 199.

ser Hinsicht anti-normativ ist. Es setzt voraus, dass Politik nicht frei von Führung funktionieren kann, da die Massen unfähig sind, selbständig zu agieren und dass sie ohne die Führungspersönlichkeiten stimmlos sind; in der Folge sollte Demokratie in der Sphäre der Öffentlichkeit und in der Bewertung von Politikern angestrebt werden, außerhalb des klassischen Bereichs der Deliberation und der Entscheidungsfindung. Tatsächlich scheint die Öffentlichkeit ein in größerem Maße horizontales, unparteiisches und kollektives Gebilde zu sein als das Volk im politischen Sinne oder die Bürgerschaft, die unvermeidlich von Interessen erfüllt und parteiisch ist und die daher des entlang von Parteilinien sich vollziehenden Zählens von Wahlstimmen und Präferenzen bedarf. Zusammengefasst, anstatt aus Stimme und Worten zu bestehen, ist Demokratie eher okular, beziehungsweise besteht sie aus Sicht und Urteil. Stattdessen argumentiere ich, dass repräsentative Demokratie, genauso wie direkte Demokratie auch, ein System ist, in dem kritisches Denken und Krise mit dem Maß der politischen Freiheit Hand in Hand gehen, sowohl im Hinblick auf die Macht der Wahlstimme als auch der Stimme im allgemeinen. Die Implikationen dieser dyarchischen Dynamik, die Aristotelischen Charakter besitzt, sind zweierlei: Dass Meinung den Kontext bildet, in dem Politik sich vollzieht (und darüber hinaus, dass Meinung dafür sorgt, dass Politik mit Freiheit als andauernder Offenheit identifiziert wird, eine Entscheidung in Frage zu stellen und zu ändern) und mit den Worten Reinhart Kosellecks: »[C]risis is most necessary for the community, representing what is at once just and salutary.«⁴ Kurz, demokratische Politik ist eine Manifestation der Macht der Bürger, Ziele dadurch zu verwirklichen, dass sie gemeinsam handeln und das, was sie tun, dem »Urteil« und dem »Verfahren«⁵ kritischen Denkens unterziehen. Diese dyarchische Sichtweise ist keine realistische Beschreibung des Bestehenden, sondern eine normative Konzeption, die auf der Idee politischer Autonomie oder Freiheit besteht, der Macht, die Bürger besitzen, das Bestehende zu kritisieren und zu verändern. In diesem Ansatz spielt das öffentliche Forum der

4 | Koselleck, Reinhart: »Crisis« (1982 in Band 3 von *Geschichtliche Grundbegriffe*, Übersetzung Michaela W. Richter, *Journal of the History of Ideas*, 67(2), (2006): S. 359.

5 | Im englischen Original werden die Begriffe »judgement« und »trial« verwendet, die im konkreten Kontext übersetzt auch »Gerichtsurteil« und »Gerichtsprozess« bedeuten können, D.H.

Meinungen ebenfalls eine zentrale Rolle, aber in dem Sinne, dass es beinhaltet, dass Institutionen nicht nur für Veränderungen der Machtverhältnisse offen sind (jegliche Mehrheit ist immer temporär), sondern auch für Kontrolle durch die Bürger; kurz gesagt, dass Institutionen sowohl deswegen öffentlich sind, weil das Gesetz fordert, dass Entscheidungen von öffentlichen Akteuren unter den Augen des Volkes getroffen werden (das heißt im Einklang mit bestehenden Normen und offen für eine Untersuchung durch Justiz und Presse gleichermaßen) als auch deswegen, weil die Institutionen in niemandes Besitz stehen, da eine Ernennung durch Wahlen bedeutet, dass die souveräne Gewalt jegliche konkrete Verortung, Verkörperung und jeglichen konkreten Besitz verloren hat. Die Art und Weise, in der diese beiden Funktionen in einer repräsentativen Demokratie erfüllt werden, ist der Streitpunkt, an dem sich okulare oder plebiszitäre Kritik entzündet.

Angesichts dieser theoretischen Prämisse beruht mein Argument in diesem Beitrag auf der von mir an anderer Stelle durchgeführten Analyse der drei Funktionen, die *doxa* (Meinung) im öffentlichen Forum der modernen Demokratie erfüllt: die kognitive, die politische und die ästhetische. Korrespondierend zu diesen Funktionen habe ich einige radikale Veränderungen in der Rolle und Bedeutung der Meinung für die dyarchische Ordnung festgestellt, die jeweils epistemische (Wahrnehmung wird zu einer Frage der Wahrheitsfindung gemacht), populistische (Politik wird zu einem Akt der Vereinigung der Masse gemacht) oder plebiszitäre (Politik wird zu einer Angelegenheit des Zuschauens) Entstellungen befördern. Dies sind mögliche Radikalisierungen jeweils einer der drei Funktionen von *doxa*, die sich aus dem Inneren repräsentativer Demokratien heraus entwickeln. Obwohl diese Entstellungen nicht zu einem Systemwechsel führen, da sie nicht die Demokratie selbst (die Stimmgleichheit und das Mehrheitsprinzip) infrage stellen, verändern sie die repräsentative Demokratie auf eine erkennbare, jedoch nicht unbedingt auf aktivere Bürgerschaft ausgerichtete Art und Weise.⁶ Okulare Demokratie oder das »*Plebiszit der Zuschauerschaft*«, gehört zur letzteren der aufge-

6 | In der Habermas'schen Tradition stehend hat Klaus Eder eine interessante Analyse jedes einzelnen dieser drei Aspekte der öffentlichen Sphäre vorgeschlagen: »The Transformations of the Public Sphere and Their Impact on Democratization«, in: Pizzorno, Alessandro (Hg.), *La democrazia di fronte allo Stato: Una discussione sulle difficoltà della politica moderna*, Milano: Feltrinelli 2010, S. 247-79.

zählten Arten von Entstellungen. Sie führt zu einer Abwertung der Rolle des »Willens«, oder der Autonomie (also Wahlen und Deliberation) und zu einer Stärkung der Rolle des »Urteils«, nicht durch den einzelnen Bürger (als die wir beispielsweise dann aktiv werden, wenn wir politischen Entscheidungen im *kontradiktorischen Verfahren* durch die juristischen Kanäle widersprechen, die uns der Rechtsstaat zur Verfügung stellt⁷), sondern durch die Öffentlichkeit. Der Akteur in der okularen Demokratie ist das gewöhnliche Publikum, das den Aufführungen derjenigen, die auf der Bühne der Politik agieren, beiwohnt und diese beurteilt. Das Plebiszit des Publikums scheint folglich eine Legitimation der Regierung durch die wenigen zu beinhalten, weil es postuliert, dass die visuelle Teilnahme eines entindividualisierten Publikums die beste umsetzbare Form der Demokratie darstellt. Dem Volk die »Fähigkeit« abzuerkennen, »Normen und Gesetze zu verfassen«, führt dazu, dass man der Öffentlichkeit eine rein ästhetische Rolle zuweist. Letztendlich reinterpretiert okulare Demokratie das Bürger-Sein nicht als Autonomie und schreibt ihm hauptsächlich eine beobachtende Zuschauerfunktion zu.

I.

Da die Theoretisierung okularer Demokratie auf Jeffrey Green zurückgeht, ist es sinnvoll, dass ich meine kritischen Betrachtungen in einem direkten Dialog mit seinem Werk entwickle. Seine plebiszitäre Demokratietheorie ist Teil eines elitären Politikverständnisses, das in der realistischen Tradition von Machiavelli bis Schumpeter steht und das die visuelle Transformation der Meinungsmacht widerspiegelt, die ein Resultat der technologischen Revolution auf dem Feld der Informations- und Kommunikationsmittel darstellt. Sich auf Max Webers Lesart plebiszitärer Demokratie beziehend (aber Carl Schmitts ästhetische Theorie der Öffentlichkeit teilend), vermutet Green, dass einer Führerdemokratie, obwohl sie im frühen zwanzigsten Jahrhundert geboren wurde und dann aufgrund des schlechten Rufs, den ihr totalitäre Regime eingetragen haben, verschwand, ein erneutes Erstarken bestimmt sei und dass sie

7 | Zu gerichtlicher Anfechtung siehe Philip Pettit: »Republican Freedom and Contestatory Democracy,« in: Shapiro, Ian/Hacker-Cordón, Casiano (Hg.), *Democracy's Value*, Cambridge: Cambridge University Press 1999, S. 163-90.

tatsächlich »a nascent theory« ist, »that has yet to mature«.⁸ Der Grund hierfür liegt darin, dass das Fernsehzeitalter und die weite Verbreitung der Internetnutzung dazu beigetragen haben, eine authentischere Form der Demokratie wiederherzustellen, nämlich eine Regierungsform, die auf einem direkten Kontakt der Massen zu ihren Führungspersonlichkeiten basiert. Green ersetzt die plebiszitären Massen, die den Führer auf den überfüllten Plätzen des faschistischen Europas durch Akklamation bestätigten, durch die »Augen des Volkes«, die politische Führungspersonlichkeiten und andere wichtige Personen des öffentlichen Lebens bewegen sollen, sich unter unkontrollierten Bedingungen der Öffentlichkeit auszusetzen: »to appear in public under conditions they do not control«.⁹ Im Plebiszitarianismus der 1930er Jahre kontrollierte der Führer die Massen durch eine orchestrierte und laute Propaganda; in der gegenwärtigen Videodemokratie kontrolliert die Masse (der Geschmack des Publikums) die Spitzenpolitiker dadurch, dass sie deren Verhalten der öffentlichen Wahrnehmung aussetzt. Wie wir sehen werden, nimmt Green an, dass Wörter – und folglich Redner – eine größere Macht über die Öffentlichkeit ausüben als Bilder und Akteure; er schließt daraus, dass eine Politik, die auf Diskurs (und Stimme) beruht, anfälliger für Ungleichheit ist als eine Politik, die auf Sicht (und Sehvermögen) basiert. Folglich spielt die neue Medientechnologie mit ihrer Schwerpunktsetzung auf Video anstatt auf Audio eine entscheidende Rolle dabei, plebiszitäre Politik von ihren früheren negativen Eigenschaften zu befreien. Tatsächlich konnte die Öffentlichkeit ihre politischen Führungspersonlichkeiten bis zur Entstehung von für die Öffentlichkeit produzierten Tonmedien nicht ernstlich kontrollieren, da Eloquenz Ungleichheiten im Auftreten verstärkt und Wörter darüber hinaus eher dem Verdecken und der Manipulation als der Transparenz und der Direktheit dienen. Stellt aber die videokratische Öffentlichkeit einen gesicherten Fortschritt dahingehend dar, dass die Öffentlichkeit von Manipulationsversuchen befreit und das Volk zu einem selbstbestimmten Betrachtungsorgan wird?

Die Annahme, dass ein von einem visuellen Publikum gefälltes Urteil demokratischer sei als ein durch institutionelle *checks and balances* zustandegekommenes, wird auch von Eric A. Posner und Adrian Vermeule geteilt, die eine direkte Beziehung des Präsidenten zum Publikum be-

8 | J.E. Green: *The Eyes of the People*, S. 120.

9 | Ebd., S. 207.

fürworten und damit die zentrale Bedeutung der Exekutive herausstellen wollen.¹⁰ Green hat kein Interesse an der Stärkung einer zentralen Rolle der Exekutive gegenüber der Legislative (wenngleich dies auch das unvermeidbare Resultat seiner plebiszitären Wende ist). Was er stattdessen anstrebt, ist eine Rekonfiguration im Verhältnis zwischen der Macht des Willens (Entscheidungen, Abstimmen, Wählen und das Ausdrücken von Zustimmung oder Ablehnung in der öffentlichen Arena) und der Macht der Meinung oder des Urteils (Überwachung und Aufsicht qua Beobachtung) dergestalt vorzunehmen, dass die Bedeutung und die Rolle der politischen Autonomie, des wichtigsten Prinzips der Demokratie, neu definiert werden. Okulare Demokratie ist der Name dieser Demokratietheorie, die sich selbst vom Erbe des 18. Jahrhunderts befreien möchte, welches auf einem individualistischen Prinzip politischer Legitimität gründet – der Souveränität des Bürgers oder der Bürgerin durch seine bzw. ihre Wahlstimme. Dieses Erbe schließt die repräsentative Regierungsform ohne imperatives Mandat mit ein. Das letztliche Angriffsziel okularer Demokratie ist die parlamentarische Demokratie, die deutlichste Ausprägung repräsentativer Demokratie und die konsequenteste Umsetzung des aus dem 18. Jahrhundert stammenden Glaubens in die zivilisierende Kraft der Partizipation und der Deliberation gegen oder ohne cäsaristische Führer. Ich vertrete, dass okulare Demokratie ein *mono-archisches Korrektiv* der Demokratie darstellt.

In der Tradition des antidemokratischen Denkens, welches mit Joseph des Maistre und seinem Angriff auf die Demokratie zugunsten eines starken souveränen Anführers begann, wurden *mono-archische Korrekturen* politischer Gleichheit zyklisch wiederkehrend in Stellung gebracht, um die Unfähigkeit des gemeinen Volkes, effektiv als führerloses Kollektiv zu agieren, zu demonstrieren. Skepsis gegenüber der Führungslosigkeit der Demokratie und gegenüber dem Optimismus des 18. Jahrhunderts hinsichtlich der rationalen Verständigung über Meinungsverschiedenheiten zeichnete jedoch auch die Theoretiker der Staatssouveränität aus. Henry Sumner Maine schrieb am Ende des 19. Jahrhunderts, da jede Regierung einer Person bedürfe, die über die Handlungen des Staates entscheide, sei Demokratie »most accurately described as inverted Monarchy«; folglich bestimme die Mehrheit eine »numerous but indeterminate portion

10 | Posner, Eric A./Vermeule, Adrian: *The Executive Unbound: After the Madisonian Republic*, Oxford: Oxford University Press 2011.

of community«, die dank der Opportunität der elektoralen Auswahl nur dann fähig ist, Entscheidungen zu treffen, wenn sie vorgeht wie ein König.¹¹ Diese Sichtweise, die in Schumpeters Theorie der elektoralen Auswahl paradigmatisch wurde, beruht auf der Überzeugung, dass, um es mit Machiavelli zu sagen, während Deliberation oder Diskussion viele einbezieht, Entscheidung in die Domäne des Einen fällt. Folglich kann Demokratie entweder als Amtseinsetzung eines politischen Führers durch die Massen oder stattdessen als führerlos verstanden werden: repräsentative Demokratie gehört zu letzterem, plebiszitäre Demokratie zu ersterem Verständnis.

Um einen kurzen Überblick zur mono-archischen Theorie der Politik zu geben: es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass Thukydides die Attische Demokratie in ihrer hegemonialen Phase als »Fürstentum« charakterisierte und eine Beziehung zwischen dem Anführer und den Massen konstruierte, die für die Elitentheorie und die Theorie der plebiszitären Demokratie paradigmatisch wurde. Diese Ansicht wurde am Ende des 19. Jahrhunderts erneut bemerkenswert erfolgreich – zur gleichen Zeit, als die Legitimität parlamentarischer Regierungsformen in Folge der Bürokratisierung politischer Parteien und des Umstandes, dass die Parlamentsarbeit einer Klasse gewählter Honoratioren unterstellt war, abnahm.¹² Diese Probleme finden ihren Widerhall in Webers erneuter Bekräftigung des legitimen Ranges, den ein Führer in der Politik einnimmt: »But the major decisions in politics, particularly in democracies, are made by *individuals*, and this inevitable circumstance means that mass democracy, ever since Pericles, has always had to pay for its positive successes with major concession to the Caesarist principle of leadership selection.«¹³ Okulare Demokratie gehört zu dieser Tradition und erscheint während einer tiefen Legitimitätskrise der repräsentativen Demokratie. Der Ansatz

11 | Maine, Henry Sumner: *Popular Government: Four Essays* (1885), London: John Murray, 1909, Forgotten Books 2012, S. 59-61.

12 | Momigliano, Arnaldo: *The Classical Foundations of Modern Historiography*, Sather Classical Lectures, Berkeley: University of California Press 1990; de Romilly, Jacqueline: *Problèmes de la démocratie grecque*, Paris: Herman 1975 und Canfora Luciano: *La democrazia di Pericle*, Roma-Bari: Laterza 2008.

13 | Weber, Max: »Parliament and Government in Germany under a New Political Order« (1918), in: Lassmen, Peter/Speirs, Ronald (Hg.), *Political Writings*, Cambridge: Cambridge University Press 1994, S. 222.

macht das antike Paradigma des »demokratischen Fürstentums« und die elitenförmige Verbesserung der Regierung der Vielen wieder fruchtbar. Allerdings verabschiedet sich okulare Demokratie von deren antidemokratischen Bedeutung und vertritt, dass eine Führerdemokratie die am ehesten konsistente Form der Regierung durch das Volk ist. Demokratie ohne Demagogen ist keine schlechte Demokratie, ein solches System ist schlicht weniger demokratisch.¹⁴ Heute ist es eher die Technologie, die die plebiszitäre Mutation der Demokratie lenkt und weniger die herkömmliche Propaganda: das Internet und die Wandlung der politischen Sprache mit auf das Publikum zugeschnittenen Botschaften und leicht verständlicher Werbung markieren den Niedergang der Politik als Deliberation und die steigende Tendenz hin zur Politik als Führerauslese. In dieser Hinsicht stellt Green realistischerweise fest, dass der plebiszitären Demokratie die Zukunft gehören könnte.

Plebiszitäre Demokratie und Populismus deuten auf die Renaissance eines Römischen Stils der Politik hin. Dies gilt sowohl bezogen auf seine moderne Praxis als auch auf seine theoretische Analyse, und vor allem im Hinblick auf das Ideal der Offenheit, *candor* (von der sich der Begriff »Kandidat« und »Kandidatur« ableiten), oder der öffentlichen Bloßstellung des Führers als Person vor dem Volk in einem Forum, das wie der römische Plebs über ihn urteilt und schließlich im Hinblick auf die Rolle des Volkes als Publikum, das das Auftreten und die Vorstellung des Führers visuell inspiziert.¹⁵ Das Modell eines Forums in der Mediengesellschaft, das in großem Ausmaß von Bildern abhängt, verändert den Stil der Politik auf geradezu spektakuläre Weise, weil es Sehvermögen und nicht Hörvermögen zum zentralen Sinn der Partizipation macht. Überraschend ist der Schluss, den Green aus dieser Analyse zieht: Die okulare Transformation der Öffentlichkeit macht den Plebiszitarianismus weniger anfällig für den möglichen Missbrauch durch politische Führer. Und tatsächlich, während direkte Demokratie dazu führte, dass sich die Völ-

14 | Thucydides: The Peloponnesian War, übers. von Finley, Moses I., London: Penguin Classics 1972, S. 163f. In der Tradition des Historikers Wolfgang Mommsen macht Weber die Größe des attischen Anführers und dessen harmonisches Verhältnis zum Volk als Gründe für die Größe Athens aus.

15 | J.E. Green: Eyes of the People, S. 130. Nicht umsonst finden sich Shakespeares Römerdramen, Coriolanus und Julius Caesar, unter den von Green ausgewählten Werken plebiszitärer Theorie.

ker der antiken Republiken mit den Worten ihrer Führer identifizierten, schaffen die Massenmedien naturgemäß eine gewisse Distanz, die für sich allein genommen schon einen Grund für ein sichereres Verhältnis kritischer Anziehung zwischen dem Volk und seinen politischen Führern darstellt.

Wie Posner und Vermeule zeigt Green großes Vertrauen in die zivilisierende Wirkung der Marktwirtschaft und des modernen Informations- und Kommunikationssystems, den beiden Bedingungen, die es einer großen und ausdifferenzierten Gesellschaft erlauben, ohne die Notwendigkeit einer starken Inkorporation sowie sozialer und kultureller Homogenität zu funktionieren. Darüber hinaus soll das Fernsehen dadurch, dass es das Sehen statt des Hörens ins Zentrum stellte, dazu beigetragen haben, die Meinung der Massen von all der Vorspiegelung von Rationalität zu befreien, auf die die Überzeugungskraft der Redner angewiesen war. Im Fernsehzeitalter konnte die aus dem 18. Jahrhundert stammende Ideologie einer fortschreitenden Rationalität durch politische Partizipation kaum aufrechterhalten werden. Video-Demokratie bestätigt den Umstand, dass die Politik der Massen in den Bereich des Ästhetischen und Theatralischen gehört, nicht des Kognitiven oder des Deliberativen; sie hat nichts mit Rationalität zu tun. Dieser Punkt ist entscheidend.

II.

Das Fernsehen ist, wie Niklas Luhmann erklärt, der wesentliche Gegenentwurf zum Öffentlichkeitsverständnis des 18. Jahrhunderts, denn: »the more ›that which is perceived‹, say, television, plays a role in this [creating the public], the more communication is based on implicit knowledge which cannot even be communicated.«¹⁶ Die ästhetische Funktion der okularen Öffentlichkeit soll die Idee beinhalten, dass die Zuschauer ohne die Intention, das Wahrgenommene als Handlungsmittel einzusetzen, am Zuschauen partizipieren. Ein »visuelles Wissen« kann insofern nicht subjektiv kontrolliert werden, da das, was die Zuschauer gemeinsam aufnehmen (die selben Bilder) sie und die Art, nach der sie Dinge wahrnehmen, erst erschafft. »Whereas the Enlightenment assumed that

16 | Luhmann, Niklas: *The Reality of the Mass Media*, übers. von Cross, Kathleen, Stanford: Stanford University Press 2000, S. 84.

commonality consists in a communicable interest based on reason,« hat sich Kommunikation durch die Massenmedien hin zu einem Identifikationsprozess der Zuschauer verändert.¹⁷ Die okulare Öffentlichkeit ist deshalb eine Öffentlichkeit, deren Identität darauf beruht, im Einklang mit den sittlichen Parametern zu urteilen, in denen die subjektive Anschauung zum peinlichen Ausdruck eines Anachronismus wird. »*Homo sapiens* is or has developed into a reading animal capable of abstraction [...]. *homo videns*, a television-made animal whose mind is no longer shaped by concepts, by abstract mental constructs, but by images. *Homo videns* just ›sees‹ [...] and his horizon is confined to the images that he or she is given to see, thus why *homo sapiens* is entitled to say, in all innocence, ›I see‹ to mean ›I understand‹, *homo videns* sees unassisted by understanding.«¹⁸

Wenn dies jedoch der Fall sein sollte, wie Green ebenfalls zu implizieren scheint, dann ist unklar, wie eine okulare Öffentlichkeit mit einem so dürftigen kritischen Potential eine Autorität zum Überwachen besitzen kann. Um noch einmal zu den oben erwähnten drei Funktionen der *doxa* zurückzukehren: Green behauptet, dass die Sphäre der öffentlichen Meinung mit dem neuen Mediensystem neben ihrer kognitiven Rolle auch ihre politische Rolle verliert, da sie die Bürger weder in der Selbst-Regierung kompetenter macht, noch sie zu einer Mobilisierungsmasse macht, die Souveränität fordert. Während traditionelle Populisten seiner Ansicht nach anachronistisch sind, ist es völlig unververtretbar, deliberativen Modellen anzuhängen. In der Tat: sofern wir der ästhetischen Funktion des Forums zustimmen, muss die Öffentlichkeit nicht notwendigerweise Beteiligung und rationale Deliberation anregen, um politisch zu sein. Die Öffentlichkeit ist insofern politisch, als sie es den Bürgern ermöglicht, ihre Anführer sichtbar zu machen, und *Bilder* sind für diesen Zweck effektiver als Worte. Da Sicht und nicht *Verstehen* das Werkzeug der Kontrolle ist, ist Videopolitik sogar ein geschickteres Kontrollsystem als das Wählen. Darüber hinaus beinhalten Bilder mehr egalitäre Implikationen und sind demokratischer als Worte. Während sich deliberative Demokratie folglich noch in einem aristokratischen Rahmen bewegt, ist

17 | Ebd.

18 | Sartori, Giovanni: *Comparative Constitutional Engineering: An Inquiry into Structures, Incentives and Outcomes*, zweite Auflage, New York: New York University Press 1997, S. 148.

okulare Demokratie plebejischer und inklusiver gegenüber gewöhnlichen Bürgern.

Die von Green vorgeschlagene Parallele zwischen einer logos-orientierten Form und einer okular-orientierten ist interessant, triftig und voller Potentiale in einer Gesellschaft, die wie die unsere auf Bildern von Führungspersönlichkeiten und deren visuellen Überwachung aus der Ferne basiert, und, darüber hinaus, aus diesen Bildern und Tätigkeiten entsteht. Die schlechte Seite der Rhetorik entstammt sowohl der Sprache als auch der Vernunft (*logos* war das griechische Wort, um beide zu bezeichnen). Sie macht die Intentionalität des Sprechers zu einem Faktor, der vollkommen beliebig ist und der ungeprüft bleibt, weil er den Zuhörern nie transparent gemacht werden kann. Green argumentiert gegen Worte und für den Vorrang des Sehens, indem er behauptet, dass Wörter und Gehör zu einem System intransparenter Machtbeziehungen gehören (wenngleich sie diesem auch widerstreben). Dies würde erklären, warum die Öffentlichkeit zur gleichen Zeit wie die großen Staaten, die zentralisierte Systeme organisierten Verhaltens und Information benötigten, geboren wurde und gleichzeitig mit der Videotechnologie. Dementsprechend weist Green darauf hin, dass eine Demokratie von Angesicht zu Angesicht undurchsichtiger eingerichtet ist als eine medialisierte Demokratie, da sie fast ausschließlich auf Worten und Rede basiert und Rhetorik eher Verschleierung als Transparenz mit sich bringt. Aber wenn Politik erst einmal in einem Forum der Bilder operiert, könnten die Absicht des Redners und sogar seine Manipulationsversuche nicht lange ungestört und ohne die kontrollierende Intervention durch die Augen des Volkes bleiben. Green denkt, dass Machiavellis Maxime, dass ein guter Anführer sprechen sollte, ohne das Gesagte zu meinen (er muss eher scheinen als sein), besser in einer Politik funktioniert, die nicht auf Bildern basiert, weil diese nicht erfordert, dass die Handlungen der Führungspersönlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit enthüllt werden. Aber Bilder sind sehr viel verheerender für Popularität (und Doppelzüngigkeit und Verschleierung) als Worte. Und obwohl Führungspersönlichkeiten zu allen Zeiten und an allen Orten von der Versuchung getrieben sind, die Zustimmung der Bürger zu manipulieren, ist es erst die Verwendung von Worten, die ihren Absichten größeren Erfolg verspricht. Über Bilder haben die Zuschauer schließlich eine weitaus größere Verfügungsgewalt als über Worte. Die politischen Führungspersönlichkeiten unterliegen genau wie alle anderen dem Einfluss des Zeitgeistes und genau das ist es,

was die Macht der Bilder egalitärer und ihre Fähigkeit, Beschränkungen aufzuerlegen, effektiver macht.

Diese Neubewertung der Stellung des Bildes in der Demokratie erlaubt es Green, die Rhetorik der deliberativen Demokratie zu demaskieren, der zufolge Stimme oder Dialog oder Wörter eine überlegene Form demokratischer Teilhabe im Entscheidungsfindungsprozess darstellen. Er argumentiert stattdessen, dass Unverfälschtheit, beziehungsweise die Offenbarung der Führungspersönlichkeit vor dem Publikum viel demokratischer ist, obwohl sie keine partizipatorischen Ambitionen kultiviert. Faktisch verdeckt die deliberative Demokratietheorie mit ihrem abstrakten Scholastizismus die schlichte Tatsache, dass die Wenigen herrschen, ohne den Vielen irgendeine Form von reeller Macht zur Beeinflussung des politischen Spiels zu geben, da das politische Spiel aus den Normen der Deliberation herausfällt. Plebiszitäre Politik jedoch beginnt bei der Anerkennung dieser schlichten Tatsachen und möchte sicherstellen, dass eine Kompensation für das Machtungleichgewicht geleistet wird: »those who do have massively disproportionate authority and power in a democracy in some sense be compelled to recompense the public for this privilege.«¹⁹ Kurz gesagt, okulare Demokratie *erkennt* die Existenz einer ungleichen Machtverteilung zwischen den Regierten (den Vielen) und den Regierenden (den gewählten Wenigen) *an*, *akzeptiert* und subsumiert sie unter die Norm des Handels, die da lautet »do ut des«. Mit anderen Worten: okulare Demokratie tauscht genau in dem Moment, in dem sie versucht, Worte aufzuheben, die Autonomie der Bürger gegen das öffentliche Bild der politischen Führungspersönlichkeiten ein.²⁰

Kehren wir zu Rolle und Funktion von Worten und Rede in der Demokratie zurück. Okulare Demokratie reklamiert einen normativen Wert für sich und der Vergleich zwischen Blick (*gaze*) und Worten ist der Schlüssel dazu, diesen Wert zu erfassen. Die Rhetorik wird beschuldigt, mehr Passivität zu befördern, unter dem Vorwand, Wissen und vernünftige Argumente im öffentlichen Diskurs voranzutreiben. Außerdem verletzt sie die Gleichheit weitaus systematischer als visuelle Auftritte dies tun. Das Bei-

19 | J.E. Green: *Eyes of the People*, S. 26 (Hervorhebung im Original).

20 | Der politische Prozess wird durch Sprache getragen, nicht durch Bilder: »The elementary political process is the action of mind upon mind through speech.« de Jouvenal, Bernard: *Sovereignty: An Inquiry into the Political Good*, übers. von Huntington, J. F., Chicago: University of Chicago Press 1957, S. 304.

spiel der Eloquenz scheint Greens Argument zu belegen. Der öffentliche Gebrauch der überzeugenden Sprache ist auf die Vielen abgestimmt und bedarf einer wesentlichen Gleichheit von Potentialen, wie die Fähigkeit, moralische Urteile zu fällen, jedoch keinesfalls irgendeine spezifische Art von intellektueller Kompetenz oder Fähigkeit oder Wissen.²¹ Die öffentliche Rede setzt keine direkte Antwort oder einen dialogischen Austausch voraus: das Publikum eines Redners, ähnlich wie dasjenige eines Schauspielers auf der Bühne, ist zum großen Teil eher geneigt zuzuhören denn zu sprechen. Faktisch kann Eloquenz nicht ohne Publikum existieren, und Aufmerksamkeit heischende Worte sind wichtiger als logische Folgerungen, weil Ästhetik die Emotionen bewegen kann. Daher spielt das Publikum eine wichtige Rolle, weil es über die Qualität von Argumenten und das Verhalten des Redners bestimmt.²² Darum hat Platon die Eloquenz in *der Staat* mit der Poesie verglichen, weil sie ein Publikum und ein wohlwollendes Verhältnis zwischen Autor und Redner und Leser und Zuhörer voraussetzt.²³ Ziel der Eloquenz ist es jedoch, die Zuhörer in ihrem Willen zu beeinflussen, indem ihre Gefühle berührt und ihre Handlungsentscheidungen inspiriert werden. Es ist nicht Ziel der Eloquenz, die Mitglieder des Publikums zu gleichwertigen Beteiligten oder zu zur Kontrolle Befähigten zu machen.

Aus seiner Umkehrung der Idee, die im Zentrum der linguistischen Basis deliberativer Demokratie steht, schließt Green, dass Wörter das Volk weder in einem größeren Ausmaß vor Beeinflussung und Manipulation schützen, als Bilder das täten, noch mehr Partizipation erlauben würden, noch egalitärer seien. Zusammengefasst scheint es keinen Grund zu geben, warum eine Öffentlichkeit der Wörter eine bessere Demokratie ermöglichen sollte als eine Öffentlichkeit der Bilder. Der Vergleich wird

21 | Perelman, Chaim/Olbrechts-Tyteca, Lucie: *The New Rhetoric: A Treatise on Argumentation*, übers. von Wilkinson, John und Weaver, Purcell, Notre Dame: University of Notre Dame Press 1971, S. 14-19.

22 | Ebd., S. 24.

23 | Plato: *The Republic*, übers. von Grube, G. M.A., überarbeitet von Reeve, C.D.C., Indianapolis: Hackett 1992, S. 23f. Während Eloquenz gehört (bzw. erhört) werde, würde Poesie überhört, wie John Stuart Mill zu diesem Satz feststellte. Vgl. ders.: »Thoughts on Poetry and Its Varieties« (1833), in: Robson, John M./Stillinger, Jack (Hg.): *Collected Works*, Band I, Toronto: University of Toronto Press 1981, S. 348 und S. 363.

sogar noch überzeugender, wenn wir das Kontrollpotenzial dieser beiden Formen von demokratischer Öffentlichkeit in Betracht ziehen. Obwohl plebiszitäre Demokratie von der Akzeptanz eines ungleichen Verhältnisses zwischen politischen Führungspersonlichkeiten und dem Blick des gewöhnlichen Bürgers ausgeht, sieht sie eine »Korrektiv-Strategie« vor, die die deliberative Theorie nicht anbieten kann. Deliberative Demokratie macht Demokratie zu einem philosophischen Ideal (das durch die normativen Werte der Autonomie, Reziprozität und Universalisierbarkeit charakterisiert ist), aber sie schweigt sich darüber aus, wie Demokratie funktioniert. Die Kluft zwischen Ideal und Realität macht die deliberative Demokratietheorie ineffektiv und zahnlos. Diese Kritik ist treffend. Der Lösungsentwurf der okularen Demokratie ist jedoch nicht zufriedenstellend.

Wie wir sehen können, ist die »Heilungs«-Strategie, welche die okulare Demokratie vorschlägt, nicht von dem Ziel getragen, die Macht der Bürger zu vergrößern oder ein Element (Partizipation) gegen ein anderes (Entscheidung) zu wenden. Stattdessen ist die Strategie von der Idee be-seelt, dass das Aufdecken von *arkana* gleichbedeutend damit ist, ihnen die willkürliche Komponente zu nehmen, die im Geheimen liegt. Darin, dass die Entscheidungsgewalt bei den Wenigen verbleibt, weil sie nicht in den Zuständigkeitsbereich der unorganisierten Vielen fallen kann, stimmt Green komplett mit Joseph A. Schumpeter überein. Green gibt »dem Volk« jedoch sodann eine Macht, welche die Wenigen nicht besitzen: die des Enthüllens. Das Gegenmittel für das unvermeidbare Machtungleichgewicht, das Politik mit sich bringt (Demokratie ist hier keine Ausnahme), stammt von einer Macht *negativen* Typs: einer Macht, die spezielle okulare Beschränkungen auferlegt, und zwar den wenigen Auserwählten, deren Stimmen besonderer Einfluss verliehen wurde, andere zu repräsentieren, mit anderen Angehörigen der Eliten zu deliberieren und sich an den tatsächlichen Entscheidungen zu beteiligen. Offenheit erlegt Personen des öffentlichen Lebens »zusätzliche Beschränkungen« auf, während es die Beobachtenden und die Beobachteten in einem wichtigen Punkt gleichstellt: der öffentlichen Enthüllung ihrer Handlungen, oder, anders gesagt, der okularen Macht.²⁴ Kurz gesagt, Demokratie liegt im Negativen; sie ist reaktiv und *ex post*, eine Beurteilung der Handlungen und Entscheidungen, die von den Wenigen getätigt wurden.

24 | J.E. Green: Eyes of the People, S. 23.

Green überhöht das demokratische und egalitäre Potential des Blicks, indem er sich unter anderem auf den existentiellen Aspekt von Kontrolle und Handlungsfähigkeit bezieht, die der Zuschauer gegenüber der politischen Führungspersönlichkeit ausübt. Ungeachtet der unerfreulichen und sogar perversen Implikationen, die die Macht des Blickes haben mag, ist es klar, dass der Blick eine direkte Konfrontation zwischen den Zuschauern und den Beobachteten ermöglicht, und das trägt zu seinen im Gegensatz zum Zuhören egalitäreren Implikationen bei. Die Disziplinarmacht des Blickes erkennt den Zuschauer als Inhaber einer Machtposition an: »the spectator as potentially occupying a position of power vis-à-vis the individual who is being seen.«²⁵ Das Bentham-Foucault-Paradigma eines Zuschauers, der seine Macht proportional zu seiner Unsichtbarkeit erhöht, inspiriert Greens Model der okularen Demokratie, in welcher die Massen die selbe allmachtsartige Unsichtbarkeit besitzen wie der Wächter eines Gefängnisses, dessen Architektur dazu prädisponiert ist, seine Präsenz unbemerkt zu machen (Bentham, dessen Verteidigung der repräsentativen Regierungsform ihm Schmitts Anschuldigung eingetragen haben, ein »fanatic of liberal rationality« zu sein, schlug vor, das Volk, ganz ähnlich wie den Gefängniswächter im Urteil zu stärken, als er die öffentliche Meinung als »the power of a tribunal« definierte).²⁶

25 | Ebd., S. 11.

26 | Schmitt, Carl: *The Crisis of Parliamentary Democracy*, übers. von Kennedy, Ellen, Cambridge: MIT Press 1994, S. 38. »The public compose a tribunal, which is more powerful than all the other tribunal together. An individual may pretend to disregard its decrees – to represent them as formed of fluctuating and opposite opinions, which destroy one another; but everyone feels, that thought this tribunal may err, it is incorruptible; that it continually tends to become enlightened; that it unites all the wisdom and the justice of the nation; that it always decides the destiny of public men; and that the punishments which it pronounces are inevitable. Those who complain of its judgments, only appeal to itself; and the man of virtue, in resisting the opinion of to-day – in rising above general clamour, counts and weighs in secret the suffrage of those who resemble himself«, Bentham, Jeremy: *An Essay on Political Tactics, or Inquiries Concerning the Discipline and Mode of Proceeding Proper to Be Observed in Political Assemblies*, in: *The Works of Jeremy Bentham published under the superintendence of his Executor, John Bowring* (1843), Elibron Classics Series 2005, S. 310.

Durch die Verschiebung der bürgerlichen Urteilsmacht weg von Wörtern hin zum Visuellen, vom Tun zum Beurteilen, möchte Green das »tribunal of opinion« wahrhaft effektiv machen. Er denkt, dass die Revolution der Informations- und Kommunikationsmittel seine Sache unterstützen, da sie dem Volk eine eigene Funktion verleihen, die keine des Handelns ist (eine Masse kann, wie Weber gezeigt hat, nicht ohne Führer agieren), sondern die des Beobachtens und Beurteilens. Kurz gesagt, plebiszitäre Demokratie rekonfiguriert die dyarchische Struktur der Demokratie dadurch, dass sie zwei Akteure schafft: Bürger als Wähler (mit Ideologien, Interessen, der Absicht und dem Streben danach, um Macht zu konkurrieren) und das Volk als unpersönliche und vollständig interessenfreie Einheit, die das politische Spiel dadurch inspiziert, dass sie eine Öffentlichkeit schaffen und dem Spiel diese Bürde auferlegt. Wie bei Schumpeters Bürgern ist die politische Partizipation auf ein Minimum beschränkt und erschöpft sich in der elektoralen Auswahl der Elite. Der tatsächliche Ort des Volkes ist das Forum, in dem es jedoch nicht die Funktion hat, sich Meinungen zu bilden, da es nicht die Form einer Pluralität von Interessen oder Ansichten besitzt, sondern eher die Form einer anonymen Masse von Zuschauern. »Das Volk« ist der oberste Kontrolleur der »nur zusieht« aber »nicht gewinnt«, weil er nicht am Konkurrenzkampf der Politik, einer Aufgabe für die Wenigen, partizipiert.²⁷

III.

In der plebiszitären Publikumsdemokratie zur politischen Führungspersönlichkeit zu werden, muss zu einer beschwerlichen Angelegenheit werden: das sicherzustellen ist das einzige Kontrollmittel, das das Publikum besitzt. Der Preis, den eine Führungspersönlichkeit im Austausch dafür zahlen muss, die Werkzeuge der Staatsmacht in ihren Händen zu halten, ist der Verzicht auf den Großteil ihrer persönlichen Freiheiten. Der Spitzenpolitiker ist in den Händen des Volkes, weil er ständig unter dessen Beobachtung steht. Das sind die »extra burdens on public figures«, welche die okulare plebiszitäre Demokratie bereitstellt. Greens Vorschlag ist verlockend, weil es unbestreitbar so ist, dass diejenigen, die um Macht konkurrieren, sich bewusst sein sollten, dass sie die Dimension negativer

Freiheit, wie gewöhnliche Bürger sie genießen, weder selbst genießen, noch beanspruchen können. Mehr Macht bringt mehr Verantwortung mit sich und daher weniger Freiheit zum Verbergen. Die politisch Mächtigen sehnen sich nach dem Ring des Gyges, oder der Macht, unsichtbar zu sein, um tun zu können, was ihnen sonst verwehrt wäre.²⁸ Verschwiegenheit ist im Privatleben eines Individuums ein basales Gut, im Fall von Spitzenpolitikern könnte sie jedoch zu einer hartnäckigen Hürde werden. Selbstverständlich sind die Grundrechte eines Ministers oder Premierministers genauso geschützt wie die aller anderen. Damit aber sichergestellt werden kann, dass sein Privatleben transparent und gesetzestreu abläuft, ist möglicherweise ein zusätzlicher Grad an Kontrolle erforderlich. In diesem Fall wird Vertrauen nicht *ex ante*, als Blankoscheck gewährt, sondern es beinhaltet die Bestätigung durch Beweise und setzt diese sogar voraus. Tatsächlich ist die Kandidatur für einen politischen Posten eine freie Entscheidung des Kandidaten, die in der Folge von einer Mischung aus Ehrungen und Bürden begleitet wird.

Was am Plädoyer okularer Demokratie dafür, Spitzenpolitiker zum Objekt der Zuschauer zu machen, weniger überzeugend ist, ist die Zuversicht, dass die Platzierung des Spitzenpolitikers auf der Bühne *eo ipso* zur Folge haben wird, dass seine Macht stärker beschränkt oder besser kontrolliert wird; dass die Öffentlichkeit der Sache nach rechtsstaatliche Kontrollen zur Einschränkung der Macht ersetzen könnte, und dadurch das Ziel erreicht, Politik zu demokratisieren, weil diese dann in geringerem Maße der Kontrolle nichtdemokratischer Institutionen unterworfen ist. Jedoch gilt: »[the] politician's motive for wearing a socially accepta-

28 | Für eine exzellente Reflexion über Geheimhaltung und Undurchsichtigkeit als unschätzbar wertvolle persönliche Güter und die neuen Risiken, die aus der Besessenheit mit Berichterstattung und der Technologie des Alles-Sehens-und-Wissens resultieren, siehe Kateb, George: »On Being Watched and Known«, in ders.: Patriotism and Other Mistakes, New York: Yale University Press 2004, S. 93-113. Zum Bereich wertvoller Öffentlichkeit und dem Bereich, in dem die Begrenzung von Öffentlichkeit wertvoll ist, siehe Gutmann, Amy/Thompson, Dennis F.: Democracy and Disagreement, Cambridge, MA: Belknap Press of Harvard University 1996, S. 95-127; zu den Versprechen von Öffentlichkeit im demokratischen Staat siehe Bobbio, Norberto: Il futuro della democrazia, Turin: Einaudi 1984, S. 95-113 (englische Ausgabe mit dem Titel The Future of Democracy, übers. von Bellamy, Richard, London: Polity Press 1984).

ble mask did not disappear with the advent of modern democracy»²⁹, und Greens Argument für die Kontrollmacht einer okularen Öffentlichkeit ist ungerechtfertigt. Sie basiert auf abstrakten Erwägungen der Rolle einer okularen Öffentlichkeit, welche die tatsächlichen Erfahrungen zu widerlegen scheinen.

Premierminister Silvio Berlusconi bewegte sich andauernd unter den Augen der Medien, die nicht unbedingt deshalb in sein Leben eindringen, um sein ungesetzliches Verhalten aufzudecken, sondern um die Skandal lust der Öffentlichkeit zu befriedigen, was wiederum einen Markt für Skandale schuf und die öffentliche Meinung in Boulevardformat presste. Das Privatleben des Premierministers den Blicken der Bürger auszusetzen hat weder dabei geholfen, seine Macht zu kontrollieren, noch, sie zu begrenzen; darüber hinaus hat es ihn nicht einmal davon abgehalten, sein Leben so zu leben wie er es wünschte. Die Tatsache, dass Berlusconi sechs landesweit ausstrahlende TV-Sender besaß oder kontrollierte, war selbstverständlich ein gravierender Faktor, aber es war nicht der einzige Grund, der die italienische Zuschauer-demokratie zu einer passiven Demokratie machte, die den Politiker Berlusconi kaum kontrollieren konnte. In der Tat ist das Imperium des Okularen oder das Aufblähen der Bilder gerade der Faktor, der das Sehen zu einer besonders ungeeigneten Macht im Dienste der Kontrolle werden lässt. Er wiegt sogar mehr als das Eigentum an Informationsmedien. Das Paradox der Überbetonung des ästhetischen Faktors öffentlicher Meinung auf Kosten ihrer anderen beiden Funktionen (der kognitiven und der politischen, und zwar dem Verstehen und dem Partizipieren) beim Fällen eines politischen Urteils ist, dass hierbei nicht berücksichtigt wird, dass Bilder zu einer Art von Urteil führen, das eher Geschmacksfragen als politische und moralische Fakten bewertet. Der Geschmack mehrt, wie Immanuel Kant erklärte, die rhetorischen Möglichkeiten der Sicht eher, als dass er sie eindämmen würde, und darüber isoliert er Kommunikation mehr als dass er sie fördern würde. Gewiss, während es möglich ist »über den Geschmack zu argumentieren«, ist es unmöglich über ihn »zu streiten«, weil in Geschmacksfragen keine unbestrittene konzeptuelle Bestimmung verfügbar ist. Bestenfalls können wir darauf vertrauen, dass »es Hoffnung darauf geben muss, zu einer einvernehmlichen Einigung zu kommen«, und darauf hinzuarbeiten, dass diese möglich wird. Geschmack ist eine private Ansicht über Aussagekraft

und kann kaum ein Medium für die einvernehmliche Einigung unter den Zuschauern sein. Im Gegenteil ist es ein hypothetisches Folgern (Vorstellung, in Kants Worten), welches die Macht und die Fähigkeit besitzt, den Willen anzustacheln und dies auch tut, indem es unsere Vernunft dazu bewegt, Strategien zu entwickeln, die Zustimmung hervorrufen: »there must be hope of coming to mutual agreement; hence one must be able to count on grounds for the judgment that does not have merely private validity and thus are not merely subjective, which is nevertheless completely opposed to the fundamental principle *Everyone has his own taste*.«³⁰ Ideologie ist die Tochter des hypothetischen Denkens oder der Vorstellung; sie lässt uns die Zukunft so ausmalen, dass wir in der Gegenwart unseren Handlungswillen mobilisieren, um sie herbeizuführen. Ideologische Darstellungen anzubieten ist ein rationales Verhalten in einem Bereich, der wie die Politik mit zukunftsorientiertem Verhalten zu tun hat, oder mit Entscheidungen, die auf konkrete Auswirkungen abzielen. Vorstellung ist daher eine Art und Weise, dem Verstand eine mögliche oder wünschenswerte Welt einsehbar zu machen, die Wille und Handlungen versuchen, real werden zu lassen, indem sie instrumentelles Denken, Besonnenheit und all die ethischen Tugenden nutzen, die zur Politik gehören. Aber wozu führen Bilder, die in der Domäne des Geschmacks angesiedelt sind? »The upshot is this: that the priorities of television are the scoop, the shoot (a good image), and the ratings (the largest possible audience).«³¹ Das vorhersehbare Resultat ist, dass Information nicht per se das Urteilsvermögen stärkt.

Die Hegemonie des Okularen würde die Öffentlichkeit in die genau entgegengesetzte Richtung dessen führen, was Green beabsichtigt. Das Publikum kontrolliert den Anführer nicht, sondern suggeriert ihm, was er tun oder lassen sollte, um die Gunst des Volkes (die nicht unbedingt identisch mit den Interessen der Gesellschaft ist) zu erlangen, und tatsächlich die Voraussetzungen dieser Gunst zu formen. Darüber hinaus ruiniert das Imperium der visuellen Unvermeidbarkeit den Tenor und den Stil des politischen Diskurses. Die »italienische Erfahrung« bestätigt diese Diagnose, denn in den Jahren, in denen Berlusconi als de facto plebiszitärer Monarch einer Publikumsdemokratie regierte, wurden die

30 | Kant, Immanuel: Critique of the Power of Judgment, übers. Guyer, Paul/Matthews/Eric, Cambridge: Cambridge University Press 2000, S. 214-17 (§§ 56-57).

31 | G. Sartori: Comparative Constitutionalism, S. 149.

Themen der politischen Debatte durch die Logik des kommerziellen Marketings und der Publicity diktiert. Politische Themen, die die Massenmedien führten, wurden schlicht deswegen aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt, weil sie für Fernsehsender nicht attraktiv und für die Zuschauer störend waren.³² Das Paradox der totalen visuellen Öffentlichkeit oder der »zusätzlichen Beschränkung« öffentlicher Figuren besteht darin, dass politische Entscheidungen unsichtbar und verdeckt bleiben, weil sie für den ästhetischen Geschmack und das Bedürfnis nach Spektakel, wie es die Masse vor den Fernsehbildschirmen besitzt, unattraktiv sind. Sehr wenig darüber zu wissen, was gewählte Politiker taten, war der Preis, den die italienischen Bürger dafür bezahlten, zu einem allmächtigen okularen Publikum zu werden, das mit einer Art von Informationen gefüttert wurde, die von dem Ziel getrieben war, den Geist der Menschen mit Bildern zu beeindrucken, welche Mitgefühl oder Zorn erregen. »The effect is not the function where the mass media seems to lie, therefore, [but this functions seems to lie] in the reproduction of non-transparency through transparency, in the production of *non-transparency of effects* through *transparency of knowledge*.«³³ Das Leben von Spitzenpolitikern sichtbarer und zu einem Objekt des Spektakels zu machen, könnte daher eine neue Undurchsichtigkeit unter dem Vorwand der Öffentlichkeit erzeugen.

Die Transformation der Grundlagen der Politik weg von Parteiprogrammatik hin zum Publikum, generell gesprochen weg von politischen Ideologien hin zum kommerziellen Kalkül einer gewerblichen Marke, hat dem Volk nicht nur Kontrolle entzogen, sondern ihm genau genommen sogar die Fähigkeit genommen, zu beobachten und sie hat den Bereich der Politik anfälliger für Korruption werden lassen. All das beweist das italienische Beispiel. Vor einigen Jahren hat Alessandro Pizzorno das durch diese Transformation entfaltete Paradox als ein Anzeichen für den Verfall der politischen Sprache und des politischen Urteilsvermögens und ihre Ersetzung durch die Sprache der privaten Moral und des Geschmacks interpretiert. Die zentrale Bedeutung von Symbolen im Vergleich zu Pro-

32 | In einem Kommentar zu Bill Clintons außerehelichen Affären, die die amerikanische Öffentlichkeit die Hälfte von Clintons zweiter Amtszeit über beschäftigte, stellen Gutmann und Thompson richtig fest, dass die Deliberation weniger angespannt wäre, wenn wir weniger über die privaten Amoralitäten öffentlicher Personen sprechen würden, in: *Democracy and Disagreement*, S. 124.

33 | N. Luhmann: *Reality of the Mass Media*, S. 103 (Hervorhebung im Original).

grammen, der *Führungspersönlichkeit* gegenüber dem Kollektiv der Parteianhänger, übersetzt sich in die zentrale Bedeutung subjektiver Qualitäten gegenüber politischer Qualitäten in der Formulierung eines politischen Urteils durch die Bürger. Politische Tugenden (Besonnenheit, Kompetenz etc.) verfallen, und persönliche Tugenden (ästhetisch, sexuell etc.) werden zentral. Eine erwiesene Folge dieser Transformation ist die Zunahme der Korruption, denn das, was der Gegenstand öffentlicher Sichtbarkeit sein sollte, ist für die Zuschauer und die Medienexperten nicht so wichtig wie die Person des Spitzenpolitikers. Politik wird professioneller in dem Sinne, dass sie zu einer Aktivität wird, die von verdeckten Austauschgeschäften lebt. Tatsächlich fördert das Plebiszit des Publikums die Korruption.³⁴

IV.

Dem Volk eine exklusive okulare Macht zu verleihen gibt ihm noch keinerlei Garantie darauf, dass das, was es sehen wird, die wichtigsten Dinge sind, mit denen sich die Regierung oder Politiker beschäftigen, oder das, was die Gesellschaft braucht und will.³⁵ Damit Meinungen öffentlich sind, reicht es nicht, dass sie in der Öffentlichkeit verbreitet werden; es ist auch notwendig, dass sie »öffentliche Dinge« betreffen. Die *res publica* und die Beurteilung dieser Relevanz ist etwas, das die Bürger frei entwickeln, wenn sie an ihrer Willensbildung partizipieren und Urteile als Bürger, nicht einfach als Zuschauer fällen.³⁶ Das tun Bürger, wenn sie neben dem Zusehen noch andere Dinge tun, wie zum Beispiel, sich in Bewegungen, Vereinen und an Wahlen beteiligen; ihre Repräsentanten auf ihre Probleme und Interessen aufmerksam machen; sie in einer Kampfkandidatur herausfordern; und sie in das Parlament oder aus dem Parlament herauswählen. Es sind jedoch nicht nur der Inhalt und der Produzent, die ein Faktum zu einem öffentlichen Faktum werden lassen, sondern auch die Art und Weise, in der es dazu wurde. Bürger tragen dazu bei, Öffentlichkeit zu schaffen, wenn sie den Staat veranlassen zu

34 | Pizzorno, Alessandro: *Il potere dei giudici: Stato democratico e controllo della virtù*, Roma-Bari: Laterza 1998, S. 45-63.

35 | G. Sartori: *Comparative Constitutionalism*, S. 149-50.

36 | Sartori, Giovanni: *The Theory of Democracy, Part One: The Contemporary Debate Revisited*, Chatman, NJ: Chatman House 1987, S. 87.

tun, was Kant vorschlug: nämlich, sein Handeln der Beurteilung durch die Bürger vorzulegen, damit diese Handlungen nach den Prinzipien des öffentlichen Gebrauchs der Vernunft bewertet werden können, was die Gleichheit von Rücksichtnahme und Freiheit bedeutet. Der öffentliche Vernunftgebrauch der Bürger verlangt, dass das staatliche Handeln öffentlich bekannt ist. Aber ab welchem Punkt ist eine öffentliche Handlung öffentlich? Beginnt die Öffentlichkeit einer Handlung, wenn sie noch in der Form eines Plans im Kopf eines Politikers ist,³⁷ oder wenn in einer öffentlichen Institution wie einer Versammlung über sie debattiert wird?

In einem Kommentar zur Kantischen Maxime der öffentlichen Vernunft stellt Noberto Bobbio die folgenden Fragen: Wenn die Geheimhaltung des Regierungshandelns per se ein Eingeständnis darstellt, dass diese Handlungen skandalös sind, »was ist es [dann], das einen Skandal konstituiert?« und »an welchem Punkt wird ein Skandal geboren?« Wie weit muss eine Handlung der Öffentlichkeit gegenüber enthüllt sein, damit sie als etwas zählt, das im Blick des Volkes ist? Mit anderen Worten: keine Entscheidung kann auf komplett transparente Art und Weise getroffen werden – besonders dann nicht, wenn, wie es in einer Demokratie der Fall ist, individuelle Freiheit das Prinzip ist, das politisches (und nicht nur privates) Handeln leitet, weil sie die Bedingung ist, dank derer Aushandlungsprozesse und Kompromisse zwischen pluralistischen Parteien und Interessen gelingen können.³⁸ Die Art und Weise, in der öffentliche Handlungen öffentlich gemacht werden (wann? In welcher Form? Durch welche Arten von Bildern?) ist an und für sich keine transparente Angelegenheit.

Die Antwort der okularen plebiszitären Demokratie scheint die Undurchsichtigkeit nicht zu beseitigen: »Candor is useful because it seeks to regulate this secondary set of concerns: not the policies that are legislated, but the leaders empowered to legislate.«³⁹ Die okulare Macht des Volkes funktioniert eher gegenüber der Person des Spitzenpolitikers denn gegen-

37 | Siehe Walzer, Michael: »Political Action: The Problem of Dirty Hands«, in: *Philosophy and Public Affairs* 2 (2), (1973): S. 160-180; sowie Nagel, Thomas: »Ruthlessness in Public Life«, in: Hampshire Stuart (Hg.) *Public and Private Morality*, Cambridge: Cambridge University Press 1978, S. 75-91.

38 | N. Bobbio: *Il futuro della democrazia*, S. 93.

39 | J.E. Green: *Eyes of the People*, S. 203.

über den politischen Inhalten. Das ist es, was sie zu einem Teil des Plebiszitarismus macht. »Presidential debates, public inquiries, and press conferences« sind die Strategien okularer Demokratie, deren essenzieller Geltungsbereich die *watchability* von Verhalten ist.⁴⁰ Wie Luhmann aber überzeugend argumentierte, ist Undurchsichtigkeit im Paradigma der Öffentlichkeit als totalem Zuschauer deswegen impliziert, weil »being offered from the outside, entertainment aims to activate that which we ourselves experience, hope for, fear, forget – just as narrating of myth once did.«⁴¹ Die okulare Öffentlichkeit fördert Identifikation und Empathie, zwei Phänomene, die einer kritischen oder kontrollierenden Grundhaltung kaum zuträglich sind.

Obwohl die visuelle Transformation der Öffentlichkeit also deren »konstante Präsenz« erzeugt, könnte es daher sein, dass es sich hierbei nicht um eine kontrollierende Präsenz handelt. Mehr und konstant zu sehen, impliziert nicht notwendigerweise, alles zu sehen, oder das zu sehen, was für die Beurteilung von Spitzenpolitikern wichtig ist, oder dafür, sie für ihre Entscheidungen zur Verantwortung zu ziehen. Vor allem anderen macht das Sehen die Bürger, anders als Green denkt, nicht mächtiger, als ihre Abstimmung bei einer Wahl. Green führt aus: »The plebiscitarian approach to democratic reform is valuable precisely because it debilitates both the specific act of voting and the general conception of the everyday citizen as a decider.«⁴² Wahlen aber, die das Gegenteil einer »konstanten Präsenz« darstellen, haben die Macht, einen unerfreulichen Spitzenpolitiker aus dem Amt zu befördern; eine politische Führungspersönlichkeit hingegen jeden Tag durch die Informationen oder Bilder, die von den Massenmedien oder Presseagenturen bereitgestellt werden, zu beobachten, könnte dazu führen, dass sich die Bürger machtlos fühlen – es sei denn, okulare Demokratie wird als Mittel für mehr Partizipation oder sogar als Bruch mit der gewöhnlichen Politik interpretiert. Dies ist jedoch nicht, was Greens plebiszitäre Bürger anstreben oder tun sollen, denn Zuschauerschaft soll mehr ein Ersatz für Partizipation sein, anstatt sie anzuregen.⁴³

40 | Ebd., S. 203, S. 200.

41 | N. Luhmann: *Reality of the Mass Media*, S. 58.

42 | J.E. Green: *Eyes of the People*, S. 199.

43 | Ebd., S. 28.

An diesem Punkt ergibt sich spontan die Frage: Da das Volk nur als beobachtendes Publikum gedacht wird, das keinerlei Rolle im Entscheidungsprozess innehat, der nur den Wenigen vorbehalten ist, zu welchem Zweck soll das Volk beobachten? Diese Frage scheint für die realistische Tradition der politischen Theorie, zu der okulare Demokratie gehört, verheerend zu sein. Dem Volk seine »Fähigkeit, Normen und Gesetze zu verfassen«, zu nehmen, geht damit einher, der Öffentlichkeit eine lediglich ästhetische Rolle zuzuweisen, deren Einfluss mehr unterhaltend als kontrollierend ist. Der Mangel an Normativität ist fatal für okulare Demokratie. Die Aussage, nach der »in der modernen Demokratie die *Minderheit* regiert«, muss deshalb erweitert werden um die Aussage, dass sie regiert, nachdem die Bürger sie gewählt haben. Ohne den Aspekt der Partizipation oder den *des Willens* in die Definition des Volkes einzubeziehen – die normative Idee politischer Autonomie – hat okulare Demokratie kein Ziel, oder, genauer gesagt, hat sie kein anderes Ziel als zuzuschauen. Es wäre die Dyarchie von Wille und Urteil, die den demokratischen Bürger zu einem Kontrollakteur macht, weil sie eine strukturelle Form der Kommunikation (reguliert durch Prozeduren und verfassungsrechtliche Normen und betrieben durch intermediäre Verbände wie Parteien und Organisationen aus der Zivilgesellschaft) zwischen politischem Handeln und politischem Urteil einbezieht. Diese Dyarchie wird entstellt, wenn der Wille den Wenigen delegiert wird, die (als gewählte Elite) das prozedurale und institutionelle Spiel bestimmen, und die Beurteilung den Bürgern eingeräumt wird, dies aber einzig in visueller oder ästhetische Form. Green deutet an, dass es für den Präsidenten oder die Exekutive ausreichen würde, regelmäßige Pressekonferenzen abzuhalten, oder, dass es für die Kandidaten ausreichen würde, sich an einer unverfälschten und offenen Fernsehdebatte zu beteiligen – kurz gesagt, die politische Arena zu einer Gladiatorenarena zu machen, um ihn oder sie der okularen Macht der Bürger auszusetzen. Diese Events, so vermutet Green, stehen im Einklang mit der Identität des Volkes als einer Einheit, die nicht entlang Parteilinien fragmentiert ist. Wahlen verkünden die Mehrheitsentscheidung und spiegeln Parteikämpfe wider. Sie sind Werkzeuge in den Händen politischer Gruppen, nicht eine Prozedur, die der demokratische Souverän nutzt, um die Macht des Staates zu begründen, zu kontrollieren und zu begrenzen. In diesem Verständnis sind Wahlen oder die autoritative Stimme außerhalb des Kompetenzbereichs des Volkes, der nur in einem besteht: von einer Position aus zu beobachten und zu beurteilen,

die über allen Parteimeinungen und ohne aktiv angestrebtes Ziel ist. Die politische Souveränität des Volkes verschwindet. Der Souverän ist nur ein Publikum.⁴⁴ Die ästhetische und theatralische Öffentlichkeit okularer Demokratie verdrängt zugleich die politische wie auch die deliberative Funktion von *doxa* und schwächt insofern die Demokratie eher, als dass sie sie neu beleben würde.

Zum Abschluss meiner Überlegungen würde ich vorschlagen, dass wir das plebiszitäre Argument, das okulare Demokratie stützt, umkehren und hervorheben, dass, im Blick des Volkes zu sein, eine raffinierte Strategie sein könnte, die der politische Anführer oder schlicht Medienexperten nutzen, um die Kontrolle des Volkes über die Macht des Spitzenpolitikers zu verringern. Dies gilt, *sofern* keine Vorkehrungen getroffen werden, die nicht einfach nur die Reglementierung des öffentlichen Auftretens des Spitzenpolitikers betreffen. Kurz gesagt, es ist die dyarchische Prämisse, welche die okulare Demokratie vor ihrem zahnlosen und anti-normativen Realismus retten kann.

Übersetzung: Dominik Hammer

44 | Ebd., Kap. 7.